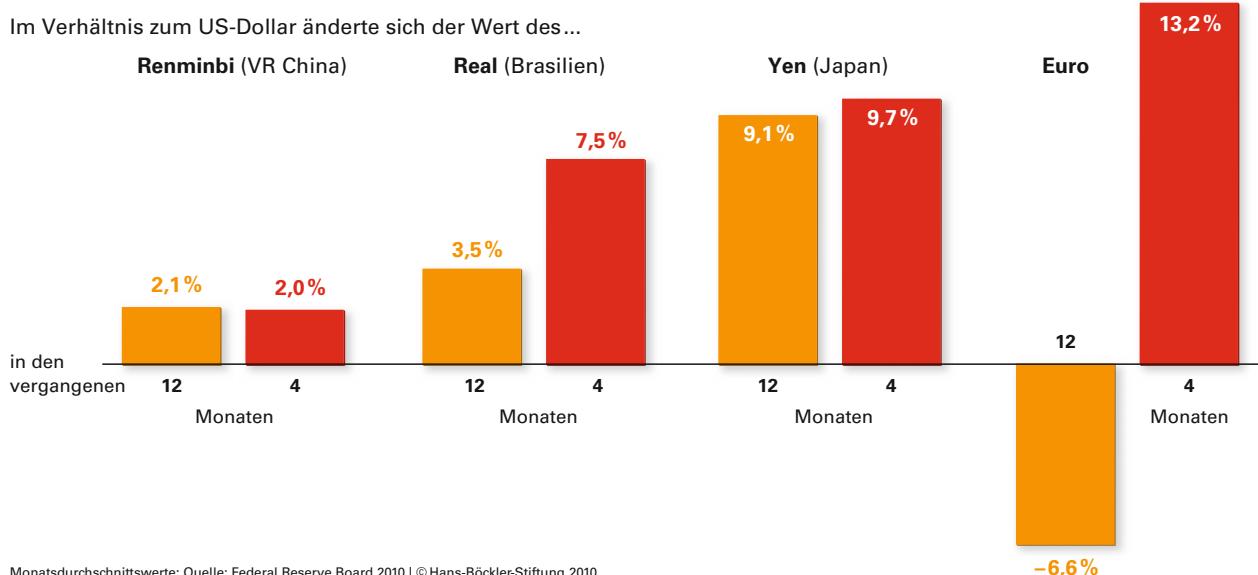


Schwache US-Wirtschaft lässt andere Währungen steigen

Im Verhältnis zum US-Dollar änderte sich der Wert des...



WÄHRUNGSKRISE: Droht nach der Finanz-, der Wirtschafts- und der Schuldenkrise nun eine Währungskrise? „Die Gefahr ist tatsächlich gegeben“, warnt IMK-Ökonomin Silke Tober.* Und wie bei den Abwertungswettläufen der 1930er-Jahre könnten auch diesmal Handelsbeschränkungen eingeführt werden. Momentan fließt wegen der anhaltenden Schwäche der US-Wirtschaft Kapital vermehrt in andere Staaten wie Japan, Brasilien oder Thailand. Deren Währungen haben bereits kräftig aufgewertet, was Exportprodukte dieser Länder auf dem Weltmarkt teurer, Importe aber billiger macht. Ihre Zentralbanken und Regierungen versuchen nun, den Außenwert der heimischen Währung zu drücken – zum Beispiel über den Kauf ausländischer Devisen oder höhere Steuern für ausländische Finanzin-

vestoren. Exportweltmeister China hat den Außenwert seiner Währung weitgehend fixiert. Das Land wertet nur sehr langsam auf und hält so den Wechselkurs künstlich niedrig. In vielen Ländern ist nach der Krise die wirtschaftliche Erholung noch so wacklig, dass niemand Interesse an einer Aufwertung seiner Währung hat. Ohne ein währungspolitisches Entgegenkommen Chinas dürften aber eine Überwindung der Wirtschaftskrise und insbesondere ein Abbau der weltwirtschaftlichen Ungleichgewichte kaum möglich sein, analysiert Tober. Dies gilt auch für die anderen Länder mit ausgeprägten Leistungsbilanzüberschüssen. Deutschland hat zwar keine unterbewertete Währung, infolge der langjährigen Lohnzurückhaltung und des damit einhergehenden Zuwachses an internationaler Wettbewerbsfä-

higkeit aber ebenfalls chronische Leistungsbilanzüberschüsse. Daher empfiehlt die Ökonomin eine Strategie, die die deutsche Wirtschaft einerseits weniger anfällig für Krisen auf dem Weltmarkt macht und andererseits einen Beitrag zum Abbau der Verwerfungen in der Weltwirtschaft leistet: Wenn die Bundesrepublik mit expansiver Fiskalpolitik die Binnennachfrage stützt, erhöht das die Chancen auf einen nachhaltigen Aufschwung, der auch den Handelspartnern in Europa und den USA nützt. Noch besser wäre ein multilaterales Abkommen, bei dem die Länder ihre Wirtschaftspolitik in Einklang mit dieser Strategie abstimmen. Denn weder die USA noch Euroland können angesichts der unterausgelasteten Kapazitäten gegenwärtig die geldpolitischen Zügel straffen.

* Silke Tober ist Expertin für Geldpolitik im IMK.
Download unter www.boecklerimpuls.de

Arbeitswelt

Der Weg zum Arbeitsplatz wird immer länger: Sowohl die Zahl der Pendler als auch die zurückgelegten Distanzen haben zwischen 1999 und 2007 zugenommen, wie Wissenschaftler der Universität Dortmund herausfanden. „Immer mehr Menschen verlassen auf dem Weg zur Arbeit die eigene Gemeinde, selbst dann wenn am Wohnort die Zahl der

Arbeitsplätze steigt“, berichten die Forscher von der Fakultät für Raumplanung. Grund dafür sei die Spezialisierung auf dem Arbeitsmarkt und die zunehmende Zahl an Zweiverdienerhaushalten. Auch sei es selbstverständlich geworden, zur Arbeit weit zu fahren. Die Wissenschaftler machen zusätzlich Entwicklungen in der Städteplanung für die längere

Arbeitswege verantwortlich. So setzen viele Gemeinden mittlerweile auf nur einen der Schwerpunkte Arbeiten oder Wohnen. Damit zwingen sie zunehmend Leute zum Pendeln. Eine eindeutige Tendenz zur Verlagerung von Arbeitsplätzen aus den Zentren ins Umland konnten die Wissenschaftler hingegen nicht aus-

machen. Zwar wachsen in einigen Regionen die Zahl der Arbeitsplätze im Umland schneller als im Kern, andererseits gebe es aber auch Großstädte, in denen mehr Jobs entstehen als auf der grünen Wiese am Strandrand.

Dennis Guth u.a.: Beschäftigungsurbanisierung, Siedlungsstruktur und Berufspendelverkehr: Ergebnisse für deutsche Agglomerationsräume 1999–2007
Download unter www.boecklerimpuls.de